

**Baden-Baden.** Staatssekretärin Silke Krebs fühlte sich so ganz und gar nicht in der Höhle des Löwen, als sie von der Baden-Badener Grünen-Abgeordneten Beate Böhlen im Café Kunsthalle begrüßt, zum neuen SWR-Rundfunkvertrag Stellung bezogen hat. Sie musste auch nicht kämpfen, sondern wunderte sich in erster Linie darüber, dass an der Oos überhaupt eine solche von Sorgen und Nöten geplagte Diskussion hat entstehen können. Was wiederum bei den überwiegend aus SWR-Reihen bestehenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern für Irritationen sorgte. „Es empört mich, was Sie da sagen, Frau Ministerin, dass wir jetzt dankbar sein müssen, dass wir im Staatsvertrag erwähnt werden“, polterte zum Beispiel die Verdi-Sprecherin des SWR, Ute Heers.

Vorher hatte die Staatsministerin gesagt, dass es keinen Anlass gebe, am SWR-Standort Baden-Baden zu zweifeln. Er sei „in Beton gegossen“, was Silke Krebs bildlich meinte, denn es sei doch völlig unlogisch, dass der SWR seit der Fusion 100 Millionen Euro in Baden-Baden investiert habe, und dann hier die Zelte abbreche. Baden-Baden stehe vielmehr als einer von drei gleichberechtigten Standorten fest.

Gerade die Nichtfestschreibung von Strukturen im neuen Staatsvertrag Sorge doch für die Flexibilität, die der Sender brauche, um zukunftsfähig zu

werden. Krebs: „Es ist nicht Aufgabe des Staatsvertrages, dem SWR zu sagen, wo er was zu machen hat.“ Ein zentralistischer Sender in Stuttgart hätte keine Zukunft, folgerte die Staatsministerin. Und: Wenn Baden-Baden darauf beharre, Dinge festzuschreiben, würden das Stuttgart und Mainz auch fordern und dann sei die dringend benötigte Flexibilität verloren. Die bündnisgrüne Staatsministerin: „Sie machen sich zu viele Sorgen und unnötige.“

Was die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer indessen ganz anders

einschätzen. Die Sorge, dass der Produktionsstandort gefährdet sei und dass schleichend Produktionen von Baden-Baden wegverlegt oder Fremden übertragen werden, stand dabei im Vordergrund. „Ich höre immer, dass es keine Gefahr gebe und sehe vieles weggehen“, so ein Beitrag.

Dass die Fusion von 1998 aus heutiger Sicht ein richtiger Schritt gewesen sei, bekannte die frühere CDU-Landtagsabgeordnete Ursula Lazarus, gleichwohl tue es weh, wenn die Garantien von damals nicht auf Dauer festgeschrieben würden. Ursula Lazarus will

nicht daran glauben, „dass wir die aktuelle Diskussion drehen können, aber wir werden sehr genau beobachten müssen, was passiert.“

Die Instrumente dazu seien vorhanden, sagte derweil die Staatsministerin, denn ein wesentlicher Teil des neuen Staatsvertrages sei die Stärkung des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates des Senders gewesen. Ausdrücklich seien zum Beispiel zwei Belegschaftsvertreter in die Aufsichtsgremien aufgenommen worden. Was zur Beruhigung nur bedingt beigetragen haben mag, denn am Schluss der Diskussionsrunde war für die meisten die Frage offen geblieben: „Was ändert sich jetzt nach dieser Diskussion?“ – Silke Krebs: „Ihre Sorgen sind angekommen.“ Und: „Wir haben uns mit Mainz um Baden-Baden gekloppt.“ Bernd Kappler

## „Standort in Beton gegossen“

Staatsministerin Silke Krebs bei SWR-Staatsvertrag in der Höhle des Löwen